

dbb fordert 5 Prozent im Gesamtvolumen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Der dbb geht mit einem Forderungspaket im Gesamtvolumen von fünf Prozent in die Einkommensrunde 2010 für die knapp zwei Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Das beschlossen Bundestarifkommission und Bundesvorstand am 15. Dezember 2009 in Berlin.

Neben einer spürbaren linearen Gehaltsverbesserung, die die Teilhabe der Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung sicherstellen soll, beinhaltet die dbb-Forderung verschiedene qualitative Komponenten wie die Verbesserung von Aufstiegen, Höhergruppierungen und Beförderungsmöglichkeiten, die Fortführung der Alterszeitzeitmodelle, die Übernahme der Auszubildenden sowie Anwärterinnen und Anwärter.

„Wir sind angesichts der öffentlichen Haushaltslage realistisch, aber nicht kleinmütig, sondern ob unserer Leistungen selbstbewusst“, unterstrich dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen. Der dbb erwarte schon heute die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich des Bundes, stellte Heesen klar.

„Auf rund fünf Prozent beläuft sich der Einkommensrückstand des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft mittlerweile“, erklärte Frank Stöhr, der den dbb als 1. Vorsitzender der dbb tarifunion und Verhandlungsführer bei den am 13. Januar 2010 in Potsdam beginnenden Tarifverhandlungen vertreten wird.

Auch BDZ-Chef Klaus H. Leprich bekräftigte die Erwartung, nach einem erfolgreichen Abschluss der Tarifverhandlungen unter Berücksichtigung besoldungsrechtlicher Besonderheiten eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses für die Beamtinnen und Beamten des Bundes zu erreichen. Der Schulterschluss zwischen Beamten und Arbeitnehmern könne nur gelingen, wenn die gewerkschaftlichen Forderungen, die für beide Statusgruppen nicht absolut deckungsgleich seien, differenziert in die Verhandlungen eingebracht und entsprechend vermittelt würden.

Für den BDZ sei es selbstverständlich, so Leprich, dass nach Abschluss der Tarifverhandlungen in der Besoldungsrunde die Angleichung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an den Tarifbereich thematisiert werden muss. Darüber sei er sich auch mit dbb-Chef Heesen und den übrigen dbb-Bundesbeamten-gewerkschaften einig, betonte Leprich.

Berlin, 15. Dezember 2009

19